

Die größten Fehler der Energiewende – von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 9. Februar 2025

Wie die obenstehende Grafik zeigt, sind die globalen Mitteltemperaturen im Januar 2025 deutlich gefallen. Die Abweichung vom langjährigen Mittel der Satellitenmessungen beträgt nur noch 0,46 Grad Celsius. Über den (nicht durch CO₂ verursachten) Erwärmungsschub in 2023/24 habe ich in meinem Oktober-Newsletter berichtet. Sie erinnern sich, die wesentlichen Ursachen waren die Verringerung der Wolkenbildung, der Vulkanausbruchs Hunga Tonga und die Reduktion des Schwefelgehalts im Schiffsdiesel – alles Faktoren die mit CO₂ wenig zu tun haben.

In den letzten 45 Jahren betrug die durchschnittliche Erwärmung 0,15 Grad Celsius pro Jahrzehnt, das entspräche 1,5 Grad in 100 Jahren. Das erklärte Ziel der Klimapolitik der UNO, Europas und Deutschlands ist es, die Erwärmung nicht über 1,5-2 Grad Celsius ansteigen zu lassen. Die allein auf CO₂ abzielenden Massnahmen stellen sich zunehmend als untauglich, aber eben auch als unangemessen heraus, wie ich auch in diesem newsletter zeigen werde.

Wir brauchen einen revidierten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts

Nach dem Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen sind nur noch die EU, Australien, Kanada, Süd-Korea, Japan, UK als Industrieländer übriggeblieben, die nach dem Pariser Abkommen zu Emissionsminderungen verpflichtet sind. Diese Industrieländer sind nur noch für 12,5 % des globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich (Deutschland 1,5 %). Damit ist das Pariser Abkommen wirkungslos, weil durch eine Ländergruppe mit einem Anteil von 12,5 % des globalen CO₂-Ausstoßes die Reduktionsziele nicht erreicht werden können. Das Bundesverfassungsgericht, das die CO₂-Reduktionsziele in Deutschland an dieses Abkommen gekettet hat, und mit haarsträubenden Fehlern eine Nullemission für 2050 festgeschrieben hat (siehe unser Buch „Unanfechtbar“), kann daher an seiner Position nicht mehr festhalten, ohne Deutschland weiter massiv zu schaden. Die Gelegenheit für das Bundesverfassungsgericht, diesen Beschluss zu revidieren, ist jetzt gegeben: Denn das Gericht kann die veränderte Erkenntnislage bei den neu eingereichten Klagen von Luisa Neubauer, Greenpeace, BUND und DUH berücksichtigen, die eine Verschärfung (!) des deutschen Klimaschutzgesetzes verlangen. Die Chancen stehen besser, weil die damalige Berichterstatterin des Bundesverfassungsgerichts, die für den fehlerhaften Beschluss federführend verantwortlich war, Gabriele Britz (seinerzeit vorgeschlagen von der SPD), aus dem Verfassungsgericht ausgeschieden ist.

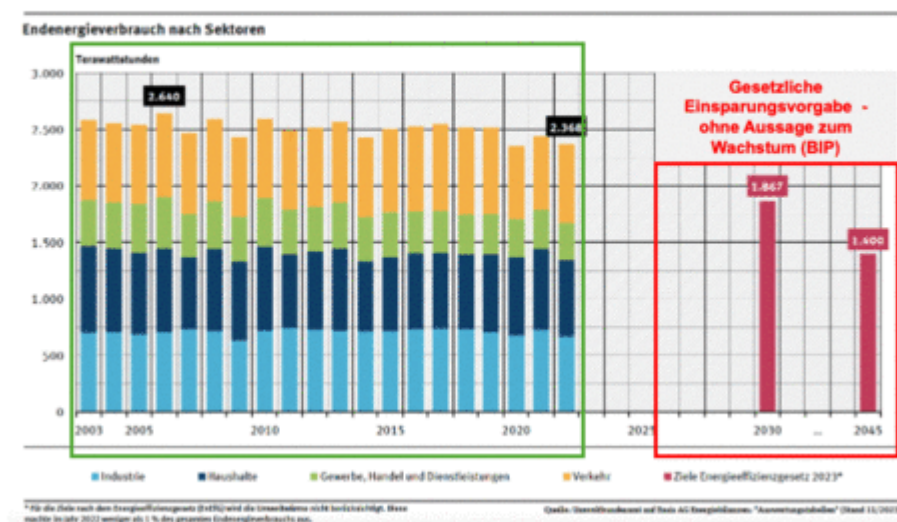
Wenn das Bundesverfassungsgericht seinen damaligen Beschluss nicht revidiert, bleibt nichts anderes übrig, als dass die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag den neuen Gegebenheiten Rechnung tragen und dem

Beispiel der USA und Argentinien folgen und ebenfalls aus dem Pariser Klimaabkommen austreten, solange China und arabische Ölstaaten sich unter dem Etikett der „Entwicklungsländer“ vor CO₂-Reduktionen in ihren Ländern drücken können.

Das grüne Deindustrialisierungsprogramm bis 2045

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss zum Kernenergieausstieg der Ampelregierung hat zutage gefördert, dass das von Bundeskanzler Olaf Scholz im Herbst 2022 verfügte „Machtwort“, demzufolge die letzten drei Kernkraftwerke bis zum 15.4.2023 weiterlaufen sollten, ein zwischen Grün und Rot abgekartetes Stück war (Youtube-Kissler kompakt Minute 1h:36). Als Preis für das Stillhalten der Grünen erzwangen diese vom Bundeskanzler, dass das umstrittene Energieeffizienzgesetz von Rot-Grün-Gelb durch den Bundestag gewunken werden sollte. Dieses Gesetz, das ohne Übertreibung als das deutsche Deindustrialisierungsgesetz bezeichnet werden kann, wurde dann tatsächlich am 19.4.2023 durch das Bundeskabinett verabschiedet und Ende September 2023 vom Bundestag beschlossen und trat am 1.1.2024 in Kraft. Es verfügt, dass der Energieverbrauch in Deutschland bis 2045 um 45% auf 1400 Terawattstunden nahezu halbiert werden soll. Schon bis 2030 sollen 26,5% weniger Endenergie, also nur noch 1876 Terawattstunden in Deutschland verbraucht werden. Der Endenergieverbrauch in Deutschland ist in den letzten 20 Jahren bei etwa 2500 Terawattstunden nahezu konstant geblieben, obwohl das Bruttoinlandsprodukt von 2003 auf 2023 um 87% angewachsen ist. Erst in den letzten drei Jahren ging der Endenergieverbrauch in Deutschland durch die von der Ampelregierung ausgelöste Deindustrialisierung durch Verknappen von Strom- und Gasangeboten auf 2267,5 Terawattstunden in 2023 zurück. Es ist völlig ausgeschlossen, dass der Endenergieverbrauch halbiert wird und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) weiter wachsen kann. Das BIP wird schrumpfen, wie ich weiter unten zeigen werde. Der Bundeskanzler, die SPD und die FDP sind von den Grünen durch das Energieeffizienzgesetz auf einen Schrumpfkurs für unser Land geführt worden.

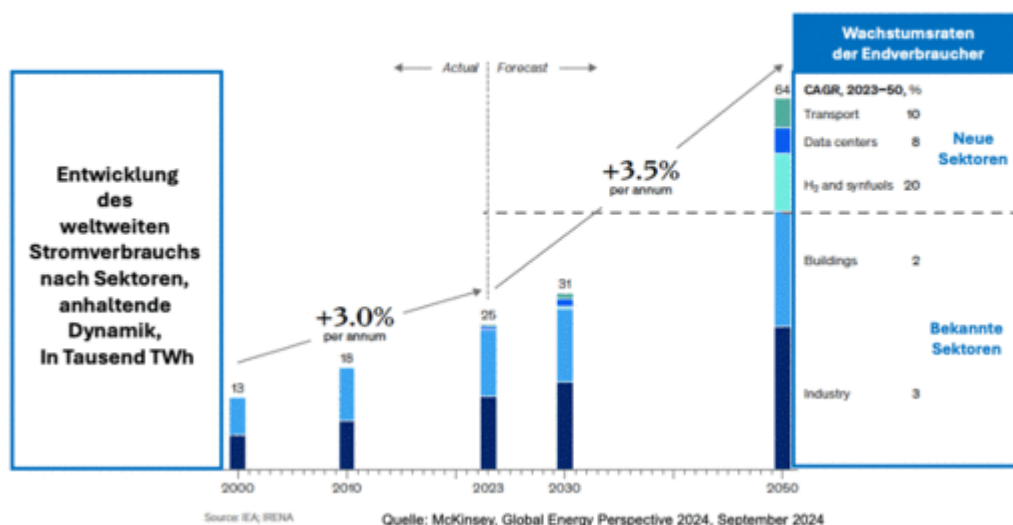
Deutschland als Meister der Effizienz: Energieverbrauch in Deutschland seit 20 Jahren konstant trotz 87 % Wirtschaftswachstum (BIP)



Quelle : Umweltbundesamt 2023

Dieses Gesetz ist ein wahres Monstergesetz planwirtschaftlicher Prägung und wird Deutschland, wie wir es kennen, zerstören. Daher ist es überraschend, dass über dieses grüne Deindustrialisierungsgesetz und seine zwingend notwendige Aufhebung in der nächsten Legislaturperiode nicht diskutiert wird. Auf 90 Seiten wird minutiös festgelegt, wieviel Prozent in jedem Bundesland Jahr für Jahr an Energie einzusparen ist und welche Einsparziele die Industrie und Haushalte zu erfüllen haben. Als ob in einem Land der Energiehöchstpreise nicht bislang jeder in Industrie und Haushalten versucht hat, Energie einzusparen. Aber es ist viel schlimmer: Wir wissen alle, dass der Energieverbrauch in den nächsten Jahren durch den Einsatz künstlicher Intelligenz, Aufbau von Rechenzentren und zunehmender Digitalisierung steigen wird. Daher wird in den USA alles mobilisiert, um den steigenden Energieverbrauch mit sicherer und preiswerter Energie zu befriedigen, seien es Kernkraftwerke oder fossile Kraftwerke. Der Bundesregierung fällt mit ihrem Energieeffizienzgesetz nur ein, wie man es den Betreibern von Rechenzentren in Deutschland schwerer machen kann: So sollen ab 1.1.2024 die Hälfte des Stromverbrauchs der Rechenzentren aus erneuerbaren Energien und ab 2027 (!) 100% aus erneuerbaren Energien stammen. Was machen die Betreiber von Rechenzentren bei Dunkelflaute in Deutschland? Sie werden einen Bogen um Deutschland machen. Der Gesetzgeber kümmert sich nicht darum, Rechenzentren mit möglichst preiswerter Energie zu versorgen, sondern regelt, dass Rechenzentren mit hohem Kostenaufwand die Abwärme nutzen sollen. Auf diese Weise wird der Boom, der durch Künstliche Intelligenz erzeugt werden wird, an Deutschland vorbeigehen. Deutschland spart sich zum wirtschaftspolitischen Zwerg – das will Rot und Grün – und die FDP hat hier kräftig mitgeholfen. Und die Welt wird weiter ihren Wohlstand mit neuer Technologien wachsen lassen und dies mit wachsendem Energieverbrauch bewerkstelligen, wie die Grafik von McKinsey zeigt:

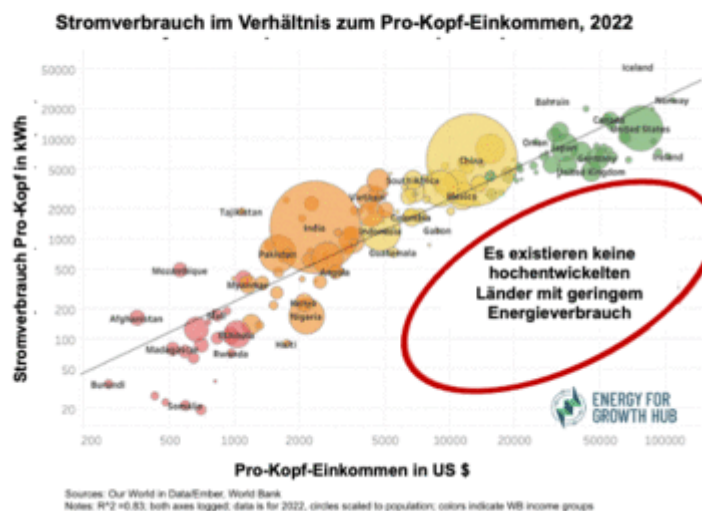
Die Energieverbrauch wächst bis 2050 durch neue Sektoren (Mobilität, künstliche Intelligenz) und bekannte Sektoren (Industrie und Gebäude)



Die Rot-Grün-Gelbe Parlamentsmehrheit setzt mit dem Energieeffizienzgesetz einmal wieder auf das falsche Pferd. Das Gesetz hat nämlich gar nichts mit Energieeffizienz zu tun, sondern ist ein

brutales, planwirtschaftliches Einspargesetz – ein Weniger-Energieverbrauch-Gesetz und ein Weniger-Wohlstand-Gesetz. Denn ein Blick zurück zeigt: In allen Ländern der Erde gibt es eine parallele Entwicklung zwischen Wohlstand, Energie- und Stromverbrauch wie die nächste Grafik zeigt. Auf diesen Zusammenhang bezieht sich die lesenswerte Broschüre des neuen US-Energieministers Chris Wright (Bettering human lives).

Entwicklung, Wohlstand und technologischer Fortschritt gehen immer einher mit Wachstum und zunehmendem Energieverbrauch



Die schwerwiegendsten Fehler der Energiewende

1. Der bedeutendste Fehler war der **Ausstieg aus dem regelbaren und preiswerten Kohle- und Kernkraftstrom**. Deutschland benötigt 90 000 MW gesicherte Leistung. Von einst 70 000 MW Kohle- sowie Kernkraftwerken sind 40 000 MW unter schwarz-roten, schwarz-gelben und rot-grün-gelben Regierungen abgeschaltet worden. Die restlichen 30 000 MW Kohlekraftwerke sollen bis 2038 abgeschaltet werden, obwohl der Bedarf an Strom steigen wird. Die Folgen sind: Deutschland hat die höchsten Strompreise aller Industrienationen. Energieintensive Industrien ziehen sich aus Deutschland zurück. Die Deindustrialisierung zerstört den Wohlstand des Landes.
2. Der Ausbau von **Windenergie und Solar hat die Stromversorgung teurer und unzuverlässiger gemacht**. Den Betreibern ist eine feste Einspeisevergütung für 20 Jahre zugesagt worden. Wenn der Strompreis höher ist als die Einspeisevergütung, wird der höhere Preis bezahlt. Wenn auf Grund zu vielen Solarstroms im Sommer oder bei zu viel Wind die Strompreise gen Null gehen, ersetzt der Bundeshaushalt den Betreibern die Differenzbeträge. Für den Bundeshaushalt sind das mittlerweile 20 Milliarden € im Jahr, umgerechnet auf den erzeugten Wind- und Solarstrom sind das allein 10 €ct/kWh.
3. Um die Netzfrequenz stabil zu halten und einem Blackout vorzubeugen, müssen **immer mehr kostenintensive Netzeingriffe** (Abschaltungen von Solar- und Windkraftanlagen, Abschaltungen von Verbrauchern, Zuschalten von teureren Kraftwerken, Export von Strom zu negativen Strompreisen) stattfinden. Die Kosten dieser Redispatch-Maßnahmen betragen bislang 3,5 Milliarden € pro Jahr. Darüberhinaus kann zu wenig Strom in der

Dunkelflaute im Winter und zuviel Strom in der Hellbrise im Sommer zum Zusammenbruch der Stromversorgung führen.

4. Solar- und Windenergie erfordern einen **massiven Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze**. Zu allem Überfluss haben die bisherigen Bundesregierungen festgelegt, die Hochspannungsgleichstromkabel unter die Erde zu verlegen, was zu 8-fachen Kosten führt. Nach Angaben des Bundesrechnungshofs kostet der Netzausbau auf Grund des Ausbaus der Solar- und Windenergie 460 Milliarden €. Die Netzkosten explodieren. Industrie und Gewerbe, die heute bereits 4 €/kWh Netzkosten zuzüglich zum Strompreis bezahlen müssen (zum Vergleich USA 3,5 €/kWh Stromkosten insgesamt), müssen mit 10 €/kWh Netzkosten im Jahre 2030 rechnen. Damit wird die Industrie und das Gewerbe ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die Lösung von Bundesregierung und CDU: Subvention der Netzgebühren durch den Steuerzahler. Die Grünen wollen die Netzkosten auf Null senken und dafür 150 Milliarden Schulden allein in 4 Jahren aufhäufen.

5. Die Bundesregierung setzt **allein auf zwei Energieträger: Solar und Wind. Das macht kein anderes Land der Welt**. Um Flauten des Windes (an ca. 120 Tagen weht in Deutschland praktisch kein verwertbarer Wind) und nichtexistierender Solarstrahlung des Nachts und im Winter entgegenzuwirken, sollen 40 -50 Gaskraftwerke gebaut werden, die auf grünen Wasserstoff umgerüstet werden sollen. Die Mehrkosten sollen auf den Strompreis umgelegt werden. Das Kernproblem hierbei ist: die Wasserstoffelektrolyse durch grünen Strom und die spätere Rückverstromung verschlingt dreiviertel der Energie. Dieser „Schildbürger – Strom“ wird viermal so teuer wie der Ausgangsstrom.

6. Die Grünen verfolgen die abenteuerliche Idee, die Netzgebühren so umzugestalten, dass die **Güterproduktion in Zeiten verlagert wird, in denen die Sonne scheint und der Wind weht**. Die Regelung wäre umgesetzt worden, wenn die Ampelregierung nicht geplatzt wäre.

7. Die Energiewende hat das Ziel, den CO₂-Ausstoß aus Deutschland mit Wohlstandsverlusten und Arbeitsplatzverlusten bis 2045 auf Null zu bringen. Das ist zwar wissenschaftlicher Unfug, denn **heute werden schon 57% der anthropogenen CO₂-Emissionen von den Pflanzen und den Ozeanen aufgenommen**. Will man also den CO₂-Gehalt der Atmosphäre nicht weiter ansteigen lassen, reicht eine Halbierung der Emissionen. Dies müsste aber weltweit passieren und nicht nur in Deutschland und Europa. Die CO₂-Emissionen pro Kopf in China (8,8 t) sind höher als in Deutschland (8,2 t). Bezogen auf das Bruttonationaleinkommen, werden bei der Erzeugung von Gütern in China dreimal so viel CO₂ emittiert wie in Deutschland. Auch aus diesem Grunde müssen wir für jeden Arbeitsplatz in Deutschland kämpfen. China hat im letzten Jahr einen Zuwachs von 640 Mio. t mehr CO₂ gegenüber dem Vorjahr emittiert. Das entspricht der Gesamtemission Deutschlands. Aber China muss nichts reduzieren, denn es gilt nach den Regularien der UNO als Entwicklungsland.

8. Die EU hat mit Unterstützung Deutschlands ein Emissionshandelssystem für CO₂ eingeführt, das wie eine CO₂-Steuer (z.Zt 72 €/t CO₂) wirkt. Der Strompreis eines Braunkohlekraftwerks wird auf diese Weise von 3 €/kWh auf 10 €/kWh um 200 % verteuert, der Strompreis eines Gaskraftwerk um

50 %. Zudem hat die Bundesregierung Erdgas, Heizöl, Benzin, Diesel für Bürger und Gewerbe mit einer Abgabe von 55 €/t CO₂ belegt. Das verteuert den Diesel um 18 €/t/l und das Erdgas um 1,2 €/t/kWh; das führt zu einer Verteuerung unseres Erdgaspreises um etwa 20%. **Um ein weiteres Abstürzen der Wirtschaft zu verhindern, müssten die CO₂-Abgaben befristet massiv reduziert werden oder gar ausgesetzt werden, so wie es für die CO₂-Strafzahlungen für Verbrennerautos ebenso zu fordern ist.** Dies müsste mindestens so lange gelten, bis ein vergleichbares Niveau der CO₂-Besteuerung bei unserem Hauptwettbewerber China erreicht worden ist.

9. Einen der abenteuerlichsten Auswüchse der Energiewende hat die Ampelregierung mit der Verkürzung der Abschreibung von Gasnetzen durchgesetzt. **Das deutsche Erdgasnetz, 550 000 km lang, etwa 270 Milliarden € wert, soll bis 2045 stillgelegt oder herausgerissen werden.** Durch die Verkürzung der Abschreibungsdauer bis zum Jahre 2045 erhöhen sich die Gasnetzgebühren ab diesem Jahr um bis zu 20 %.

10. Es besteht ein **Fracking-Verbot in Deutschland, dabei liegen unter der norddeutschen Tiefebene preiswertes Gas mindestens für die nächsten 30 Jahre.** Dafür importieren wir teureres Fracking-Gas mit höheren CO₂-Emissionen aus den USA ohne Bedenken.

11. Die **CO₂-Abscheidung bei Kohlekraftwerken**, die günstiger ist als die Zahlung der CO₂-Abgabe, **ist nach wie vor in Deutschland verboten.**

12. **Die Kernenergieforschung in Deutschland ist eingestellt worden.** Sie ist politisch nicht gewollt und erhält keine Förderung

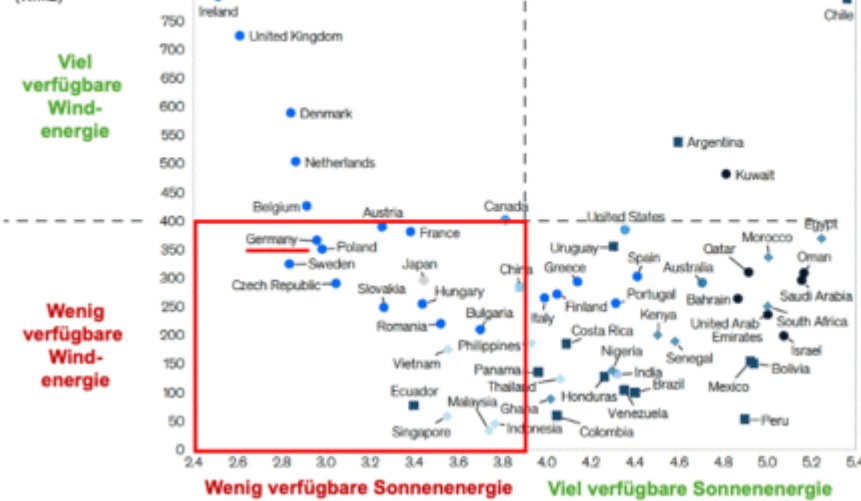
13. **Das deutsche Energieeffizienzgesetz** schreibt die Halbierung des Energieverbrauchs fest mit einem jährlichen Rückgang um 50 Terawattstunden, und **führt zu einem wirtschaftlichen Schrumpfen Deutschlands.**

Erneuerbare-Energien-Gesetz und Energieeffizienzgesetz gehören abgeschafft

Wie sehr Deutschland auf dem rot-grünen Holzweg ist, zeigt eine weitere Grafik von McKinsey, die die Produktionsbedingungen für Solarenergie und Windenergie weltweit vergleicht. Oben sind gute Solareinstrahlung und rechts gute Windverhältnisse. Die schlechtesten Bedingungen findet man im unteren linken/roten Quadranten. Und dort finden wir Deutschland, das Land, das zu 100% seiner Energieversorgung durch erneuerbare Energien erzeugen will. Jetzt versteht man, dass 100% erneuerbare Energien in Deutschland nur zusammengehen kann mit einem „Energieverarmungsgesetz“ (Energieeffizienzgesetz). **Beides gehört ersatzlos gestrichen, wenn es Deutschland wieder besser gehen soll.**

Verfügbare Wind- und Solarenergie weltweit – Internationaler Ländervergleich

Mittlere Windleistungsdichte
auf 100m Höhe,
Watt pro Quadratmeter
(W/m²)



Herzlichst

Ihr

Fritz Vahrenholt

[Rundbrief weiterempfehlen](#)

NEU für Mobile-Ansicht:

Rundbrief teilen über WhatsApp, Facebook, X und andere Social Media Kanäle

[Teilen über Social Media](#)

HIER:

Rundbrief/Newsletter/Monatliche Kolumne abonnieren

Erscheint einmal monatlich und kann jederzeit abbestellt werden

[Rundbrief abonnieren](#)